AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Gehaltsabbau-Schiedsspruch im Einzelhandel

Die Gehälter sollen um 5 Prozent gesenkt werden. Rüstet zum Abwehrkampf gegen jeden Gehaltsraub

Nachdem die Einigungsverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß über die Neuregelung der Gehälter für die Angestellten im Dresdner Einzelhandel gescheitert waren, wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

„Das bis zum 30. September 1932 in Geltung gewesene Gehaltsabkommen wird in seinem gesamten Umfange wieder in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß die zur Zeit bestehenden Tarifgehaltssätze bis 31. Dezember unverändert weiterlaufen und mit Wirkung vom 1. Januar 1933 ab je um 5 Prozent gesenkt werden. Die bei der Berechnung der fünfprozentigen Senkung sich ergebenden Pfennigbeträge werden bis 49 Pfennig nach unten auf volle Mark ab- und über 49 Pfennig auf volle Mark aufgerundet.

Die bis zum 30. September 1932 in Geltung gewesenen Lehrlingslöhne laufen in der bisherigen tariflichen Höhe weiter. Ab 1. Januar 1933 betragen sie:

Im 1. Lehrjahr 21 Mark (bisher 27 Mark)
Im 2. Lehrjahr 36 Mark (bisher 38 Mark)
Im 3. Lehrjahr 48 Mark (bisher 49 Mark)

Diese Regelung tritt vom 1. Oktober 1932 an in Kraft. Sie kann mit monatlicher Kündigungsfrist erstmalig zum 28. Februar 1933 gekündigt werden. Erklärungsfrist ist für die Parteien bis Mittwoch, den 2. November 1932."

Bei den am 11. Oktober stattgefundenen Verhandlungen zwischen dem Einzelhandelsverband und den Vertretern der Gewerkschaften hatte der Gewerkschaftsbund der Angestellten vorgeschlagen, ein Schiedsgericht zu bilden, dessen Spruch von allen Beteiligten von vornherein als bindend anerkannt werden sollte. Dieser schändliche Vorschlag, einem Gehaltsabbau vorher zuzustimmen, dessen Höhe noch gar nicht feststeht, scheiterte nur an dem Verhalten der Unternehmer, die über einen allgemeinen Gehaltsabbau hinaus auch in der Gehaltsgruppeneinteilung Verschlechterungen durchführen wollten. An Stelle des vorher geforderten zehnprozentigen Lohnabbaues verlangten sie den Abbau der Richtgehälter der Klasse 1 auf 292 Mark und der Klasse 2 auf 216 Mark. Für die größere Anzahl der Angestellten kommen aber die Klassen 3 und 4 in Frage. Für sie wurde ein allgemeiner Gehaltsabbau von 5 Prozent und die Beseitigung des Tarifs für das 13. Berufsjahr gefordert.

Die Angestellten, die sich heute noch zu einem Teil von der Nazidemagogie betören lassen, müssen aus dem Verhalten der Unternehmer erkennen, daß es die von den Nazis propagierte „Volksgemeinschaft" nie geben kann. Die Unternehmer versuchen immer wieder auch die Verelendung der Angestellten herabzudrücken, um die Lasten der Krise restlos den Werktätigen aufzubürden. Dagegen hilft nur der Kampf gemeinsam mit der gesamten Arbeiterklasse.

Obwohl der Schiedsspruch die Forderungen der Unternehmer im wesentlichen erfüllt, werden die Gewerkschaftsführer jetzt von einem „Erfolg" reden. Dabei sind die Gehälter der Angestellten im Einzelhandel schon heute so niedrig, daß auch nicht ein Pfennig mehr abgebaut werden darf. **Deshalb gilt es nicht nur den Schiedsspruch abzulehnen, sondern auch zu dem Kampf gegen den Gehaltsraub zu rüsten. Der Unterstützung der gesamten Dresdner Bevölkerung können sie versichert sein.**

Erzwungenes Nazi-Streikbruch-Bekenntnis

Die SPD- und Nazi-Streikbruchorganisatoren operieren mit denselben Lügen

Die Belegschaft der Rütgerswerke, Pohna, hatte in einer Versammlung die Kürzungsabsicht Stellung genommen und [illegible] jeden Versuch, durch einen Pfennig vom Lohn zu rauben, sofort mit dem Streik zu beantworten. Es wurde ein entsprechender Kampfausschuß gewählt, in welchem sich der [illegible] der Einheitsfront aller im Betrieb vorhandenen Kampfgruppen befinden waren. Auch ein Kampfprogramm wurde mit [illegible] worden. Die Kampfleitung gerieten darüber ganz aus dem [illegible]. Sie setzten den Arbeiter unter Druck und zwangen folgende Erklärung zu unterschreiben:

„Pohna, den 19. September 1932

An den Betriebsrat der Rütgerswerke, Pohna i. Sa.
zu Händen Vorsitzenden Kühnel

Erklärung

Ich, Endunterzeichneter, habe in der Vornahme des Streikes folgende Erklärung abzugeben:

Es bin mir bewußt, daß durch das rigorose Vorgehen der verbündeten und bestehenden Regierung das Elend der arbeitenden Klasse immer größer wird. In der richtigen Erkenntnis dieser Lage bin ich bereit, um meine Existenz bis zur letzten Konsequenz zu kämpfen, nicht aber bin ich bereit, meine Lebensfrage ohne jeden Rückhalt auf das Spiel zu setzen. Wenn ich dem vorliegenden Streik die Unterstützung versage, tolle ich [illegible] mir [illegible] Gewahr dafür habe, daß wenn die Verhandlungswege mit der Leitung des Betriebes restlos erschöpft sind, dann ich mich weiter in den Streik Stellung nehme.

Es kann keineswegs von Erfolg für unsere Belegschaft sein, die Arbeiter auf den Streik zu setzen, um [illegible] dann dem [illegible] zu überlassen. Ein kleiner Teil [illegible] hat noch niemals zum Erfolg geführt, und sind die Macher dieses Streiks verantwortungslos zu bezeichnen. Für uns besteht kein Grund, die Firma zu bestreiken, sondern muß und geht unser Kampf gegen das System, welches diese Verordnungen erläßt. Sollte neben der Auswirkung der Notverordnung die Firma von sich aus noch Abbaumaßnahmen vornehmen, so werde ich dieses scharfstens, auch mit dem letzten Mittel, Stellung nehmen.

Ich werde den Streik zu diesen Vorbedingungen nicht mitmachen und fordere Gleichgesinnte auf, der Streikparole keine Gefolgschaft zu leisten.

Uns Arbeiter kann und wird nur das nationalsozialistische Deutschland frei machen und nicht die politischen Winkelzüge der Sowjetherren. ges. Kurt Göhler."

Schon das gekünstelte Deutsch dieser „Erklärung" beweist, daß sie nicht von dem streikenden Arbeiter geschrieben wurde. Das „Einerseits—andererseits" in jedem Satz dieses Schreibens, [illegible] den tiefen Widerspruch, der zwischen den Phrasen und der praktischen Politik der Nazipartei besteht. Da heißt es: „Ich bin bereit, um meine Existenz bis zur letzten Konsequenz zu kämpfen — aber meine Lebensfrage will ich nicht aufs Spiel setzen". Gegen Abbaumaßnahmen der Firma werde ich auch mit dem letzten Mittel Stellung nehmen — aber einen Streik werde ich nicht mitmachen, sondern meine Kollegen zum Streikbruch auffordern." Mit einer solchen gespaltenen Zunge spricht kein Proletarier.

Der betreffende Nazi-Arbeiter hat ja auch schon öffentlich zugegeben, daß er zur Abgabe dieses Streikbrecherbekenntnisses von den Nazibonzen gezwungen worden ist.

Bezeichnend ist die Uebereinstimmung der Argumente des Nazibriefes, mit denen der SPD-Gewerkschaftsführer. Auch die Gewerkschaftsführer sprechen davon, daß „erst alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sein müßten, ehe zum Streik geschritten werden dürfe" und die „Unterstützungsfrage müsse erst restlos geklärt sein". Auch die SPD behauptet, betriebliche Streiks hätten „keinen Zweck", sondern „der Volksentscheid gegen einen Teil der Bürgersteuerung, würde den Lohnabbau unmöglich machen". Die SPD und Nazibonzen hetzen in der gleichen Weise gegen „die verantwortungslosen Streikmacher der RGO". Die Streikbruchorganisatoren arbeiten alle auf Verschleiern ihres direkten Handwerkes in den selben Lagern, ganz gleich, in welchem Parteilager sie stehen.

Die ungeheuerliche Tatsache, daß ehrliche Naziarbeiter von den Bonzen zur Abgabe von Streikbrechererklärungen gezwungen werden, muß allen Proleten zur Kenntnis gebracht werden, um ihnen die Augen zu öffnen und sie in die rote Einheitsfront einzureihen. Beteiligt den 6. November zu einem wuchtigen Massenbekenntnis für die KPD, Liste 3!

Gewerkschaftskollegen, Betriebsarbeiter, Erwerbslose!

Mittwoch, den 2. November, 19.30 Uhr, im „Bürgergarten", Dresden-Löbtau

Öffentliche RGO-Versammlung

Der Vorsitzende der RGO. Bezirk Sachsen, Paul Jäkel, spricht über:

„Die RGO und die freien Gewerkschaften zur Reichstagswahl"

Unkostenbeitrag 10 Pfennig. Erscheint alle und gestaltet die Versammlung zu einem Bekenntnis

für Liste 3

Die „Daheim"-Boten entlassen

Mit der Kündigung des Arbeitsverhältnisses soll der Lohnraub erzwungen werden

Die Boten des Zeleziirkels „Daheim" in Dresden stehen bekanntlich in einer Lohnbewegung. Es soll ein beträchtlicher Lohnabbau durchgeführt werden. Die Belegschaft hat beschlossen, daß nur die gewählte Tarifkommission mit der Firma verhandeln darf, weil sie zu den Gewerkschaftsbürokraten aus den Erfahrungen der Vergangenheit berechtigterweise kein Vertrauen haben können. Jetzt wurde den Boten folgendes Schreiben übermittelt:

„Wir haben den Betriebsrat von der erfolgten Aufkündigung der gesamten Tarifvereinbarung zum 31. 10. 32 Kenntnis gegeben.

Da eine anderweitige Regelung noch nicht zustande gekommen ist, müssen wir Ihnen aus rechtlichen Gründen das Arbeitsverhältnis zum 1. November 1932 kündigen. Wir sind aber bereit, Sie ab 5. November 1932 weiter zu beschäftigen. Die Entlohnung werden wir vorerst nach den für uns zuständigen Tarifbestimmungen nebst Lohnabkommen des Einzelhandelsverbandes — Gesamtverband Dresden vornehmen, es sei denn, daß inzwischen eine Vereinbarung auf tarifrechtlicher Grundlage zum Abschluß gelangt.

Zeleziirkel „Daheim" Richard Gansauge.
ges. Thierfelder, Dietzel."

Die Firma kündigt den Arbeitern also an, daß ab 5. November ein Lohnabbau durchgeführt werden soll. Die Belegschaft wird in diesem Falle ihren Beschluß durchführen, jeden Versuch, auch nur einen Pfennig vom Lohn oder von den „Kundengeldern" abzubauen, sofort mit dem Kampf zu beantworten.

Die Boten, die in Wind und Wetter nach kilometerlangem Wege von Haus zu Haus eilen müssen, finden in ihrem Kampf die stärkste Sympathie der werktätigen Bevölkerung. Auch die Teilnehmer des Zeleziirkels bekunden schon heute ihre aktive Solidarität. Sie erklären den Arbeitern: „Das macht ihr ganz recht, daß ihr euch gegen den Lohnabbau zur Wehr setzt! Laßt es euch nur nicht gefallen!" Die „Daheim"-Boten werden diesen Rat bestimmt befolgen.

Streikbrecher als Kronzeugen der SPD

Wir berichteten, daß es die Gewerkschaftsbürokraten verstanden haben, die Belegschaft der Kartonagenfabrik Fuchs & Co. in Dresden zu bewegen, ihren Streik abzubrechen und die Arbeit wieder aufzunehmen, obwohl der angekündigte Lohnabbau bis zur Entscheidung des Schlichters nur vorläufig zurückgenommen und die Forderung der Belegschaft, daß die Streikbrecher entlassen werden müssen, ebenfalls nicht erfüllt wurde. Trotzdem lügt die Dresdner Volkszeitung von einem „vollen Erfolg". Die Belegschaft ist dagegen ganz anderer Meinung und sie hält damit den Gewerkschaftsführern gegenüber auch nicht hinter dem Berg.

Um die Arbeiterinnen von dem schändlichen Verhalten der Gewerkschaftsführer abzulenken, die mit ihrer Vereinbarung mit dem Unternehmer den vollen Sieg der Belegschaft verhinderten, benutzt die Volkszeitung gegen die Arbeiterstimme. Unsere damalige Mitteilung, daß der Unternehmer vor dem Fabriktor die Vertreter der Erwerbslosen und der Streikposten durch das Versprechen, die Streikbrecher wieder zu entlassen, zu bewegen versuchte, die Massenstreikposten zurückzuziehen, nennt die Volkszeitung „Unsinn, den niemand glaubt". Der Unternehmer habe im Gegenteil den Streikbrechern sein Ehrenwort gegeben, sie nicht zu entlassen, und dadurch seien Schwierigkeiten entstanden.

Daß der Unternehmer den Streikbrechern gerade das Gegenteil gesagt hat, als den Streikposten vor dem Betrieb, mag schon stimmen. Wir und die gesamte Arbeiterschaft haben aber alle Ursache, nur den Streikposten zu glauben und nicht den Streikbrechern, die von der Volkszeitung als Kronzeugen gegen die Arbeiter angeführt werden. Uebrigens berichtet die Volkszeitung selbst, daß der Unternehmer das angebliche Ehrenwort gebrochen habe, da der größte Teil der Streikbrecher wieder entlassen wurde.

Gegenüber dem Geschimpfe der Volkszeitung weisen wir nochmals darauf hin, daß in der letzten Streikversammlung von einer Kollegin unter der Zustimmung der Streikenden festgestellt wurde, daß

die aktive Unterstützung des Streiks durch die Erwerbslosen und IAH eine außerordentlich wertvolle Hilfe

gewesen ist. Die Belegschaft wird aus dem vergangenen Kampf die Lehre ziehen, daß sie künftig nicht mehr auf die Gewerkschaftsbürokratie hören darf, sondern auf ihre eigene Kraft gestützt und unter der Führung der RGO in der Lage ist, Kämpfe mit vollem Erfolg zu beenden.

15 Jahre Sowjetunion

„Wir arbeiten mit Lust und Liebe"

Meister Schulz aus Heinigsdorf bei Berlin, der im kapitalistischen Deutschland keine Arbeit mehr finden konnte, arbeitet mit am sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion. In einem Brief an seinen Kollegen schreibt er u. a.:

„Es macht mir als „Ausländer" eine wirkliche Freude, wenn ich hier beobachte, mit welcher Lust und Liebe die Menschen arbeiten. Kein Schimpfen hörst Du hier, alles geht im kameradschaftlichen Tone vor sich. Der Meister hat nicht notwendig, die Arbeiter anzutreiben, denn diese wissen, daß sie für sich und nicht für die Kapitalisten arbeiten. Es ist so wie ich Dir schreibe, ich konnte es erst selbst nicht begreifen, daß es möglich ist, daß der Direktor den Arbeitern im Betriebe die Hand gibt. Heute verstehe ich das schon, er ist ja auch ein Arbeiter, so wie wir es alle sind, und die Belegschaft hat ihn selbst zum Direktor bestimmt. Wenn Du unseren Direktor im Betrieb sehen würdest und ihn nicht vorher kennengelernt hast, wirst Du nicht unterscheiden können, ob das ein Arbeiter oder ein Direktor ist. Das ist etwas anderes als ein Direktor im kapitalistischen Betriebe, welcher weiter nichts versteht, als das technische Personal wie einen Jagdhund anzutreiben. Ich kann Dir nur sagen, daß es wirklich schade ist, daß man nicht schon früher diesem Staat seine ganze Kraft zur Verfügung gestellt hat. Unser Vaterland ist die Sowjetunion.

Wenn ich heute zurückdenke, wie man sich von der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse hat belügen lassen, so könnte ich mich heute noch vor den Kopf schlagen."

Jede Stimme für die KPD ist ein Bekenntnis für den Kampf um die Errichtung eines Deutschlands, in dem nur die Arbeiter und Bauern herrschen!

Deshalb alle Stimmen für Liste 3!

Streik bei Unitas abgewürgt

DTV-Bürokratie vereinbart Lohnabbau bis zu 10 Prozent

Wieder ist eine Belegschaft, die im Streik stand, durch schamlosen Verrat der Gewerkschaftsbürokratie um den Erfolg ihres Kampfes betrogen worden. Der Streik bei „Unitas" in Plauenhain wurde durch die Gewerkschaftsbürokratie abgewürgt.

Am Donnerstag fanden Verhandlungen statt, die ergebnislos verliefen. Am Freitag verhandelte der DTV-Bürokrat Lämmel und als „Unparteiischer" der sozialdemokratische Arbeitsamtsdirektor Zeidel von Lugau wieder vier Stunden mit dem Unternehmer. Dabei wurden die Streikenden folgendermaßen an den Unternehmer verkauft: Bei allen Arbeitern, die bisher über den Akkordrichtsatz verdienten, wird ein Lohnabbau von 5 Prozent durchgeführt. Bei den Arbeitern, die unter dem Akkordrichtsatz verdienten, wird kein Lohnabbau durchgeführt.

Streikabstimmung bei der BVG

Am Freitag beschloß der Arbeiterrat der BVG-Betriebe (Berliner Verkehrs-Gesellschaft) am kommenden Mittwoch eine Urabstimmung über den Streik durchzuführen. Die roten Betriebsräte haben durchgesetzt, daß zur Grundlage der Abstimmung die Formulierung gemacht wurde: **„Für Lohnabbau — oder für Streik!"** Der Bahnhof 22 (Weißensee) hat in einer Versammlung sich für den Streik erklärt.

Lohnraubangriffe zurückgeschlagen

Der Streik der Glasarbeiter in Kokwein, die seit dem 20. Oktober im Kampf gegen Lohnabbau standen, ist jetzt mit Erfolg beendet worden. Unter dem Druck der geschlossenen Kampffront zog der Unternehmer den angekündigten Lohnabbau zurück. Die Arbeit wird ohne Maßregelungen zu den alten Bedingungen aufgenommen. Einen großen Anteil an diesem vollen Streikerfolg hat die Solidaritätsaktion der IAH, der auch der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende seine Anerkennung aussprach.

Durch Kampfentschlossenheit errang die Belegschaft der Schuhfabrik Bodolen in Döbeln in Sachsen die Zurücknahme eines angekündigten Lohnabbaues.

Solidarität

Die RGO sammelte in Zittau für die Unterstützung der Streikkämpfe vorerhalten in den Betrieben folgende Beträge:

Rechob & Hübler	20,71 Mark
E. F. Künzler	20,00 Mark
J. N. Bernhardt	10,50 Mark
Gustav Mündig	13,70 Mark
Sportverein Fichte	10,40 Mark
	93,37 Mark

Verspärkt die Solidaritätsarbeit!